

Nach dem Gipfel, vor dem Gipfel? Ja und nein. Die EU löst sperrige Probleme, das wird weitere Gipfel erfordern. Schon bald könnten die Märkte wieder murren. Aber der letzte Gipfel stellte wichtige Weichen. Trotz des Athener Gerangels: Nun muss eine überfällige Debatte beginnen. Wie sieht ein tragfähiges und schuldenfreies realwirtschaftliches Wachstumsmodell aus, nicht nur für den Süden? Die Finanzdebatten über Rettungsfonds, Haircuts und Hebel versteht kaum einer. Beim Wohlstandsmodell der Zukunft soll jeder mitreden.

Die bisherigen Wachstumsmodelle funktionieren nicht mehr. Bis zum Euro setzte der Süden darauf, Wettbewerbsvorteile nicht durch anstrengende Modernisierung auszugleichen, sondern durch permanente Inflation plus periodische Abwertung. Der Euro versperrte diesen Weg. Mit der Währungsunion kam die bequeme Scheinlösung: künstliches Wachstum durch Zinsen, niedrig wie nie. In der ersten Hälfte der Nullerjahre schien das zu gelingen. Irland und der Süden wuchsen schneller als der Rest der EU. Doch im zweiten Euro-Jahrfünft platzen alle Bubbles. Jetzt herrscht Katzenjammer, nicht nur im Süden.

Sorgen auch im Norden: Zwar profitiert Deutschland von einer Sonderkonjunktur aus alten Stärken und drei neuen Faktoren: sinkende Kosten der Einheit, steigende Vorteile der Zentrallage, posi-

Forum

Grüne Rettung für Griechenland

Nach zäher Schuldendebatte ist ein neues realwirtschaftliches Wachstumsmodell gefragt, nicht nur im Süden

Von Anselm Görres und Yannis Paleokrassas

ve Nachwirkungen der Agenda 2010. Insgesamt kommt der protestantische Norden besser durch die Krise als der katholische Süden und das post-byzantinische Griechenland. Doch Jugendarbeitslosigkeit, Integrationsprobleme, langfristig sinkendes Wachstum – sie machen EU-weit Sorgen. Überall fehlt eine Zukunftsvision, die begeistern könnte.

Konservative Restrukturierung taugt nicht. De facto ist halb Europa Sanierungsfall (und die gesamten USA!), nicht nur der Süden. Staaten sind keine Firmen, sie bleiben. In der neoliberalen Ideologie gelten Gerechtigkeit, Umweltschutz, Bildung und Kultur oder Entwicklungshilfe oft nur als Belohnung, die Völker bei guter Leistung erhoffen dürfen. Eingelöst werden solche Verheißungen nur selten. In einem mehrheitlich

ökosozial orientierten Europa ist Sanierung nur unter „Nebenbedingungen“ möglich: Demokratie, Sozialstaat, Umweltstaat, Inklusion aller.

Schulden sind Mist. Die erste Finanzkrise hat das keynesianische Pulver verzehrt. Wie abhängig und unfrei Schulden machen, haben wir erlebt. Neben den Staaten müssen nun auch die Banken konsolidieren. Mehr Eigenkapital heißt sparen. Auf Jahrzehnte ist Wachstum nicht länger mit Schulden erkaufbar, sorry dear Mr. Krugman. Inflation kann, muss und wird zum Schuldenabbau beitragen, auch der IWF will mehr davon. Aber lässt sich mit ihr reales Wachstum herbeizaubern? Darauf fallen Bürger und Märkte nicht mehr herein. Links wie Rechtskeynesianismus (= Angebots-theorie) sind am Ende. Beide hinterlas-

sen Schulden, ob für Mehrausgaben oder Steuersenkung. Dabei braucht Europa Wachstum, auch weil es den Schuldenabbau erleichtert.

Wie sieht unter so restriktiven Umständen eine Wachstumsstrategie aus, die auf Inflation nur wenig, auf Schulden gar nicht mehr bauen kann? Mainstream-Ökonomen denken in Makro-Aggregaten. So übersehen sie die Potentiale der ökologischen Modernisierung, die sich erst auf der Mikro- und Sektorebene offenbaren. Es ist eben nicht egal, woraus sich der BIP-Kuchen zusammensetzt. Wollen wir künftig nach grüneren Rezepten backen, brauchen wir andere Zutaten und Backgeräte. Vielleicht sogar neue Backstuben. Umbau bringt Jobs!

Wenn wir ökologisch Problematisches verteuern und ökologisch PerverSES, zum Beispiel fette Dienstwagen, nicht länger subventionieren, wird beides teurer. Zugleich werden ökologisch vorteilhafte Produkte und Prozesse indirekt billiger. Diese spürbare Veränderung der relativen Preise schafft massive Investitions- und Kaufanreize. Unökologisches wird endlich unwirtschaftlich, ob Häuser, Heizungen, Verkehrsmittel oder Maschinen. Gerade der Süden hat große Potentiale. Trotz mehr Wind und Sonne haben diese Länder meist weniger Wind- und Sonnenenergie als wir. Städte wie Athen, Rom, Madrid würden von einer City-Maut profitieren: bessere Luft, mehr Le-

bensqualität und ÖPNV, weniger Ölimporte und Lärm.

Auch Regulierung schafft Nachfrage. Kaufanreize durch Vorschriften sind bei Keynes nicht vorgesehen, in der Angebotstheorie undenkbar. Für Supply Sider ist Regulierung nur Folter. Aber was daran ist so abwegig? Als Sicherheitsgurte Vorschrift wurden, schuf das auch Arbeitsplätze, irgendjemand musste sie bauen. Schwer vorstellbar, dass darum weniger Autos verkauft wurden. Wieso sollten strengere Regeln – ob für leisere Flugzeuge, effizientere Autos oder was-

tersparende Waschmaschinen – nicht neue Nachfrage anregen?

Auch Umverteilung hilft. Im marktradikalen Wachstumsmodell wächst nur der Wohlstand der Wohlhabenden. In den USA stieg der Anteil der Banken an den Profiten der Volkswirtschaft von einem auf zwei Drittel. Bei uns gibt es seit 1996 keine Vermögenssteuer mehr. Insgesamt besteuern wir Vermögens- und Kapitalerträge viel niedriger als weit kapitalistischere Länder. Wann, wenn nicht jetzt, beenden wir diesen Sonderweg und bauen Gerechtigkeitsdefizite ab? Den ärmeren Ländern Europas, auch den Armen in reichen Ländern, mutet das kommende Jahrzehnt der Strenge sicherlich größere Lasten zu. Da ist es nur billig, wenn stärkere Schultern stärker beitragen. Ihre Ausgabenquote ist niedriger als die der Armen.

Mit Mut und Glück geht Europa stärker, grüner und gerechter aus dieser Krise hervor. Wir bekommen mehr Governance, also gegenseitige Kontrolle gemeinschaftsschädigenden Verhaltens. Vielleicht bauen wir sogar Agrarsubventionen ab. Irlands überraschend schnelle Erholung ist auch grünen Maßnahmen zu danken, so etwa einer Carbon Tax von 15 Euro je Tonne. Wir hätten den Kontinent ohnehin umbauen müssen. Jetzt bietet uns der Umbau einen Ersatz für ausgelebte Wachstumsdrogen der Vergangenheit. Warum nicht zugreifen?



Anselm Görres ist Unternehmer in München und Vorsitzender des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft. Yannis Paleokrassas war Finanzminister Griechenlands und EU-Kommissar für Umweltschutz.
Fotos: oh